



**Spagat der DDR-Kirche:** Handschlag zwischen Bischof Albrecht Schönherr und Staatschef Erich Honecker während der Staat-Kirche-Gespräche am 6. März 1978. Rechts: Kirchliche Basisgruppe versammelt sich zu Gespräch und Andacht in einer Dresdner Kirche.  
Fotos: Bundesarchiv/Peter Koard; Steffen Giersch

# Mehr als schwarz und weiß

**Kirche in der DDR:** Vor 40 Jahren traf sich die Spitze der DDR-Kirche mit Staatschef Erich Honecker – für die einen der Beginn einer größeren Freiheit, für die anderen eine gefährliche Annäherung. Die Stasi nutzte das auf ihre Weise. Mit Folgen bis heute.

Von Veronika Albrecht-Birkner

**W**ofür steht der 6. März 1978? Ereignis hatte sich Folgendes: Der Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR mit Bischof Albrecht Schönherr als Vorsitzenden wurde zu einem Gespräch beim Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker eingeladen – ein im SED-Staat zweifellos sensationelles Ereignis. Und bei diesem »Spitzengespräch« wurden Zugeständnisse an die Kirche ausgehandelt.

Am nächsten Tag erfuhren die DDR-Bürger davon aus dem SED-Organ »Neues Deutschland«. Es handelte sich nicht um eine Randnotiz, sondern um einen ganzseitigen Artikel auf der ersten Seite unter dem Titel »Konstruktives, freimütiges Gespräch beim Vorsitzenden des Staatsrates«. Das war mindestens ebenso überraschend wie das Gespräch selbst. Besonders überrascht waren Pfarrer und Kirchenlei-

tungsmitglieder, die erwartet hätten, über diese Begegnung vorab informiert zu werden.

So entstand schon aufgrund dieser Ereignisse ein ambivalenter Eindruck. Denn die Aufmachung im »Neuen Deutschland« zeigte die Absicht, die der SED-Staat mit dem Gespräch verband: eine eindrückliche Selbstdarstellung als religionsfreundlich und humanistisch, die Kirchen als Partner akzeptierend.

Das war nötig – vor allem wegen der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeit zwei Jahre zuvor, die dieses Bild gefährdet hatte. Auch wegen der seitdem vermuteten Entstehung eines »politischen Untergrundes« aus Christen und Nichtchristen war die Demonstration von Harmonie hilfreich für die SED-Führung. Dieser Zusammenhang war allerdings nur für Insider offensichtlich.

\*\*\*

Christen, die die Verfolgung der Kirchen und speziell der Jungen Gemeinden und Studentengemeinden in den 1950er Jahren miterlebt hatten, muss das Gespräch wie ein Wunder vorgekommen sein. Manche sprachen allerdings von einem gefährlichen »Burgfrieden« zwischen Staat und Kirche, der eine Aufgabe der notwendigen kritischen Distanz bedeute. Sie wiesen darauf hin, dass die eigentlich wichtigen Problemfelder Bildungswesen und Militarisierung nicht angesprochen worden waren.

Andere fragten sich, ob auf Zusagen in einem solchen Gespräch denn Verlass sei, wo man doch generell keine Rechte einklagen konnte. Wer den Text in der Zeitung mit der dann folgenden innerkirchlichen »Schnellinformation« verglich, sah, dass Schönherr die Formel »Kirche im Sozialismus« als Schlüsselbegriff offensichtlich doch nicht verwendet hatte, sondern der Zeitungstext das nur unterstellte.

Als ein halbes Jahr später für Kinder der 9. und 10. Klassen der Wehrunterricht als reguläres Schulfach eingeführt wurde, besann sich der Bund Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK) in neuer Intensität auf seine schon seit den 1950er Jahren ausgeprägte friedentheologische Tradition. Das Bildungs- und Aktionsprogramm »Erziehung zum Frieden« wurde beschlossen, zu dem in den 1980er Jahren die Friedensdekaden gehörten – einschließlich ihres Markenzeichens, des Aufnehmers »Schwerter zu Pflugscharen«. Im Zusammenhang mit diesem Zeichen kam es 1982 allerdings zur endgültigen Wende in der staatlichen Wahrnehmung der kirchlichen Friedensarbeit. Sie galt als eine gegen den SED-Staat gerichtete »Oppositionsbewegung«.

Vor allem im Blick auf Gruppen unter dem Dach der Kirchen, die sich für Frieden, Umwelt und Menschen-

rechte engagierten, fungierte das Gespräch von 1978 nun als eine Art Bundesschluss, auf den der SED-Staat die Kirchenleitungen zu behaften versuchte. Die Spannungen sollten nicht zwischen Staat und Gruppen ausgetragen werden, sondern in der Kirche selbst. Kirchenleitungen sollten selbst disziplinieren – um das 1978 ausgehandelte »gute Verhältnis« von Staat und Kirche nicht zu gefährden.

\*\*\*

Das Ministerium für Staatssicherheit nannte diese Methode »Differenzierung« und arbeitete sie nach dem Gespräch von 1978 kontinuierlich weiter aus. Es gab in der Kirche diejenigen, die nur die scheinbar dialogbereite, komfortable Seite des SED-Staates und seines Geheimdienstes einschließlich dessen Belohnungssystems kennenlernten – und es gab diejenigen, die in den Fokus ausgeklügelter Maßnahmen der sogenannten »Zersetzung« ihrer Person fielen und tief verletzt wurden. Nicht alle haben das überlebt. Viele in der DDR haben von alledem nichts gewusst oder wissen wollen.

\*\*\*

Das Ergebnis ist, dass auch für den ostdeutschen Protestantismus gilt, was für die DDR überhaupt gilt: Das Geschehene ist sehr unterschiedlich

erlebt worden, und entsprechend gehen auch die Erinnerungen weit auseinander. Die Historiker sprechen dabei von »Erinnerungskulturen«. Für die einen steht der 6. März 1978 für eine Normalisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses und das Aushandeln neuer Optionen für die Kirche – für die anderen ist er der Ausgangspunkt einer größer werdenden Schere zwischen Kirchenleitung(en) und Basis sowie Ausdruck zunehmenden Verzichts auf eine »wächteramtliche« Funktion der Kirche gegenüber dem Staat.

\*\*\*

Ist es schlimm, dass die Erinnerungen so unterschiedlich sind? Offensichtlich. Immerhin geht es ja um unsere Kirche, die trotz ihrer scheinbar spurlosen Eingliederung in die EKD und als Teil von dieser doch so etwas wie eine Identität haben muss. Und wo sollte diese begründet sein, wenn nicht in der Geschichte – einer Geschichte freilich, die man letztlich gern erzählt und auf die man auch ein bisschen stolz ist.

Die Ereignisse der Friedlichen Revolution waren ja auch durchaus dazu geeignet, eine großartige Geschichte zu erzählen, gerade in Sachsen. Aber dann kamen wie ein Generalverdacht gegen die evangelische Kirche in der DDR auch noch die Stasi-Vorwürfe. Dem heldenhaften Bild stand schließlich ein Bild totalen Versagens gegenüber. Wie soll man mit alledem umgehen?

Der 6. März 1978 könnte für die Einsicht stehen, dass die Geschichte der evangelischen Kirche in der DDR nicht nur in Schwarz oder in Weiß erzählt werden kann. Dass es außer meiner auch andere Wahrnehmungen gegeben hat und gibt. Und dass wir uns als Kirche nichts vergeben, wenn wir zu dunklen und grauen Seiten unserer Geschichte als Teil unserer Identität stehen. Im Gegenteil. Könnte die Bußerklärung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vom Herbst 2017 dazu vielleicht ein neuer Anstoß sein?



**Veronika Albrecht-Birkner** ist Professorin für Kirchengeschichte in Siegen. Sie hat am Theologischen Seminar Leipzig studiert. Im April erscheint ihr Buch »Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR.«

**»Das Geschehene ist sehr unterschiedlich erlebt worden.«**

## Die Schuld der Kirche in der DDR – Bußwort des Landeskirchenrats der mitteldeutschen Kirche (Auszug)



II. Wir blicken dankbar zurück, dass wir unter staatlichem Druck in der Zeit der SBZ und der DDR als Kirche dem Auftrag Jesu Christi folgen konnten. Die Machthaber und ihre Sicherheitsbehörden sind damit gescheitert, den christlichen Glauben zu beseitigen oder das kirchliche Leben ihren Zielen vollständig zu unterwerfen. **Viele Christen haben widerstanden**, sich nicht erpressen und locken lassen. Dafür sind wir Gott und den Menschen dankbar.

Angesichts dieser Erfahrung bekennen wir: Wir haben staatlichem Druck zu oft nicht standgehalten. Wir haben Fürbitte und Fürsprache

geleistet, Unrecht jedoch oft **nicht deutlich genug widersprochen**. (...) Wir beklagen, dem SED-Staat nicht klarer und kompromissloser entgegengetreten zu sein. Wir haben dabei die Erkenntnisse aus der Barmer Theologischen Erklärung nicht ernst genommen. Wir erkennen darin ein **geistliches Versagen**.

Wir beklagen die Fälle, in denen Pfarrer und Pfarrerrinnen und kirchliche Mitarbeitende mit staatlichen Stellen konspirierte, Vertrauen verletzt und Anderen Schaden zugefügt haben und dass wir unsere **Verflochtenheit in diese Schuld** bis heute nicht bekennen.

Wir beklagen die Fälle, in denen Mitarbeitende in Kirche und Diakonie, die aus politischen Gründen drangsaliert und auch in ihren Kirchen



**Bußwort:** Hans-Christoph Maletz vom EKM-Landeskirchenrat verliest die Erklärung vor der Synode in der Erfurter Michaeliskirche. Foto: Willi Wild

disziplinarisch belangt, im Stich gelassen oder gar entlassen wurden. Bis heute übernehmen wir als Kirche **nicht die nötige Verantwortung** für Menschen, die unter Mithilfe oder nach Verrat aus kirchlichen Kreisen inhaftiert, gedemütigt, traumatisiert oder zur Ausreise gedrängt wurden. (...)

III. Wir haben versucht, Irrwege, Unrecht, Verrat und Versagen der Kirchen und ihrer Verantwortungsträger in der Zeit zwischen 1945 und 1989 zu benennen. Wir sehen mit Schmerz, dass **Aufarbeitung und Schuldeingeständnis** bisher nur teilweise geschehen sind. (...)

IV. Wir bitten Gott und die Menschen, die durch die Kirchen und ihre Mitarbeitenden geschädigt wurden, um Vergebung. (...)